

## „Denkwürdige“ Kärntner Klimapolitik

Mit Unverständnis muss man derzeit die politischen Entscheidungen im Umwelt- und Klimaschutz zur Kenntnis nehmen.

So hat es die Kärntner Landesregierung verfehlt, das regionale „Klimaticket“ für die öffentlichen Verkehrsmittel einzuführen. Somit zählt Kärnten zu jenen Bundesländern in Österreich, welche beschlossen haben den notwendigen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel weiter unattraktiv zu halten. Denn natürlich ist der Preis, der wichtigste Grund, um unser Auto stehen zu lassen. Einige Bundesländer haben zwar nicht die angestrebten 365€/Jahr eingeführt, zumindest ist es nirgendwo teurer als 600€. Und in Kärnten zahlt man auf einer 35 km langen Strecke weiterhin ca. 1200€ für ein Jahr!

Der Straßenverkehr macht über 30% der CO<sub>2</sub> Emissionen in Österreich aus, daher muss die Reduktion dessen, für eine zukunftsfähige und verantwortungsvolle Politik oberste Priorität haben. Eine wichtige Maßnahme (von vielen) ist daher den Umstieg auf die „Öffis“ zu fördern, auch für den immer weiter zunehmenden Schwerverkehr. Ebenso wie es unumgänglich ist, die Bodenversiegelung - unser Boden ist der wichtigste CO<sub>2</sub> Speicher - stark zu minimieren.

Genau zu diesen und weiteren Themen versuchen seit längerem über 10 Umweltinitiativen, entlang der B100 vom oberen Drautal bis ins Pustertal (Südtirol) sich Gehör zu verschaffen, um in einen Diskurs mit den politisch Verantwortlichen über den geplanten Ausbau dieser Straßenverbindung zu treten. Nachdem dies bisher nicht erreicht werden konnte, wurde ein „Offener Brief“ an dem Straßenbaureferenten und an den Landeshauptmann gesendet.

Die Argumente, die in diesem Schreiben dargestellt sind, sind wissenschaftlich mehrfach bestätigt. Außerdem lesen wir gefühlt jeden zweiten Tag in den verschiedensten Zeitungen, oder anderen Medien darüber. Diese Tatsachen als Falschbehauptungen und unsachliche Darstellung hinzustellen, könnte als Diskreditierung dieser Organisationen mit ihren hunderten Vereinsmitgliedern angesehen werden.

Viele Oberkärntner und Osttiroler Gemeinden haben speziell in den letzten 3 Jahren hautnah miterleben müssen, was durch den Klimawandel hervorgerufener Starkniederschlag bedeutet und welchen immensen Schaden dies an Grund und Boden hinterlassen kann. Erfreulicher Weise (noch) ohne Verluste an Menschenleben.

Die Jahrzehnte lange Ignoranz gegenüber diesen durch den Klimawandel hervorgerufenen spürbaren Tatsachen, zeigen ein bedenkenswertes politisches Verantwortungsbewusstsein für das Wohl der MitbürgerInnen. Ein „weiter so wie bisher“ in Form eines ungezügelter Straßenbaus darf es nicht mehr geben.

Aber vor allen ist es ein Hohn für alle zukünftigen Generationen, die noch mit einer weitaus fortgeschritteneren Klimaveränderung und deren schwerwiegenden Folgen wie Ernteausfällen, Muren und Überschwemmungen,... (über)leben werden müssen.

Geschätzte Landesregierung, es geht somit mittlerweile nicht mehr um Umweltschutz, sondern schlicht und ergreifend um Menschenschutz. Daher müssen diese Tatsachen auch auf alle Ebenen politischen Denkens - und dem daraus resultierenden Handeln, unverzüglich Einfluss nehmen.

*(Pressemitteilung Oktober 2021, unveröffentlicht)*